

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER GRÜNEN SCHWEIZ

Gemeindesaal Baar, Samstag, 28. August 2010

Protokoll

Präsidentin : Barbara Beck-Iselin, Co-Präsidentin der Alternative-Die Grünen Zug

Dauer : 10h30-16h15

Anwesend : ca. 200 Personen, davon 167 mit Wahlrecht

Entschuldigt: Francine John; Marlise Hubschmid Tschabold, Geri Müller, Antonio Hodgers, Louis Schelbert (morgens), Fabien Derivaz, Bernhard Pulver, Grüne Kanton GR, Daniel Urech (SO), Pierre Lipschutz (GE)

1. ERRÖFFNUNG

BEGRÜSSUNG DER DELEGIERTEN

Barbara Beck-Iselin, Co-Präsidentin der Alternative-Die Grünen Zug, begrüßt die Teilnehmenden und informiert über den Tagesablauf.

Andreas Hürlimann, Co-Präsident, gibt einen Überblick über die Aktualitäten der kantonalen Partei: Wahlen auf drei Ebenen stehen bevor, Slogan der Wahlkampagne: nachhaltige Zukunft. Einige Beispiele der zahlreichen Engagements: Kantonsspital, Arbeitslose, Engagement gegen Tiefen-Ölbohrungen (Firma in ZG), Bio-Markt, etc.

Beide wünschen allen Teilnehmenden eine gute Delegiertenversammlung.

ANSPRACHEN

Ueli Leuenberger, Präsident der Grünen Schweiz

Alternative-Die Grünen Zug ist eine bemerkenswerte Partei: Es ist diejenige grüne Kantonalpartei, die in den letzten nationalen Wahlen die meisten Stimmen (17%) erhalten hat, sie ist aber auch eine der aktivsten, lebendig, engagiert und hat eines der besten Sozialnetzwerke entwickelt.

Die Grünen sind die Partei der Umwelt. Der Präsident spricht über die Aktualitäten der letzten Wochen: die Ölkatastrophe in Mexiko, die Brände in Russland, die Überschwemmungen in Pakistan. Experten sagen, die globale Klimaerwärmung führt zur erhöhten Häufigkeit solcher Katastrophen, das entspricht unseren Einschätzungen. Wir müssen für eine nachhaltige Entwicklung kämpfen, um solche Katastrophen zu verhindern, aber auch Soforthilfe leisten und das Thema sehr ernst nehmen.

Dafür brauchen wir eine engagierte Regierung und grüne Politik bis in den Bundesrat: Am 22. September, findet die vorgezogene Ersatzwahl von zwei Bundesräten statt. Die Grünen werden daran teilnehmen, die Chancen sind klein, aber dennoch existent. Die Grünen zählen auf die Unterstützung der SP und fordern die CVP auf, ihre Wahlversprechen zum Umweltengagement einzuhalten.

Der Präsident macht auf die Schwerpunkte der Tagesordnung aufmerksam und wünscht den Anwesenden, dass sie durch die Versammlung gestärkt ihre politische Aktivität aufnehmen können.

Aline Trede, Vize-Präsidentin der Grünen Schweiz

Es ist wenig hinzuzufügen: Die DV ist auch hier im Herzen der Stadt, in der Nähe des Marktes und nahe der Menschen. Die Grünen haben kreative Ideen, sind innovativ und frisch, ohne Millionen von Franken ins Marketing investieren zu müssen.

Heute gilt es, den Green New Deal in eine positive Richtung zu stärken, ein Projekt, das gute Impulse für künftige Kampagnen darstellt.

Sie erinnert abschliessend an die Abstimmung im Frühjahr 2011 über die Offroader-Initiative der Jungen Grünen.

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin des Kantons Zug, Alternative-Die Grünen Zug
Im Auftrag des Kantons Zug heisst sie die Anwesenden herzlich Willkommen in Baar (in vier Sprachen): Der kleinste Kanton - 239km², umfasst 11 Gemeinden und Bürgergemeinden, 10 Pfarreien. Ein Viertel der Wälder ist geschützt, der Biber wartet dort auf Wolf und Bär. Ein aufstrebender Kanton, attraktiv für gut ausgebildete Berufsleute, aber mit teuren Mieten und Steuern, die die Einwohner abwandern lassen. Working poors existieren auch hier; die Grünen sind auf allen Ebenen engagiert, unter anderem für die Initiative Grüne/SP für zusätzliche Leistungen, Schutz historischer Gebäude, Kampf für umweltgerechtes Bauen, Integration und Gleichstellung. Am 3. Oktober finden Wahlen für Regierungs-, Kantons- und Gemeinderat statt und nur eine Frau hat eine echte Chance. Das Büro für Gleichstellung wurde im Jahr 1995 abgeschafft, es gelang jedoch, eine Kommission für die Chancengleichheit einzusetzen, die mit der Wahl erneuert und verteidigt werden muss. Manuela Weichelt wünscht allen ein gutes Treffen und viel Erfolg für die zukünftigen Wahlen. Die Tagespräsidentin erwähnt den zweiten grünen Regierungsrat, Patrick Cotti, der am Tagungsende sprechen wird.

2. INFORMATIONEN

FRAKTION

Maya Graf informiert über die Aktualitäten der grünen Fraktion, so vor allem über die Bundesratskandidatur der Grünen: Die Grünen treten nicht gegen die Sozialdemokraten an und werden die SP in der Ersatzwahl für Moritz Leuenberger unterstützen, werden aber eine offizielle Kandidatur für den Merz-Sitz stellen. Die Grünen wollen und müssen dem Land ihre Kenntnisse und Erfahrungen in den Bereichen Ökologie, nachhaltige Wirtschaft, etc. zur Verfügung stellen. Anlässlich der Fraktionssitzung vom 3. September wird man sich intern für eine der folgende drei Kandidaturen entschieden: Marlies Bänziger, Nationalrätin ZH, Geri Müller, Nationalrat AG, und Brigit Wyss, Nationalrätin SO. Alle drei werden unter Beifall begrüsst.

PARTEILEITUNG

Ueli Leuenberger informiert über Parteileitung.

Er informiert über den Weggang von Yann Golay Anfang Juli und dankt ihm im Namen aller für seine Arbeit. Als neue Generalsekretärin wurde die frühere Co-Generalsekretärin Miriam Behrens gewählt. Herzlichen Glückwunsch an Miriam.

SEKRETARIAT

Miriam Behrens stellt die vier neuen Mitarbeitenden des Sekretariats vor:

Urs Scheuss, politischer Sekretär für Umwelt- und Verkehrspolitik, Präsident der Grünen Biel, studierte Politikwissenschaften.

Iwan Schauwecker, politischer Sekretär für Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik, ausgebildet in internationalen Beziehungen, Wirtschaft und Sozialpolitik.

Christine Badertscher, Leiterin der Wahlkampagne 2011, eine Umweltingenieurin.

Olivier Mayor, Fundraising und Marketing, Mitglied des Kommunalexekutive Nyon.

Miriam informiert auch über die neue Website der Kampagne „Grüner Strom – kein Atom“ und dankt Meret Rehmann für diese Arbeit.

3. STATUTARISCHES

STIMMZÄHLER UND STIMMENZÄHLERINNEN: Gewählt werden: Markus Kunz, Susanne Forster, Diego Hättenschwiler, Heidi Rebsamen, Conrad Wagner, Willy Perret-Gentil, Martin Neukom, Silvia Monney.

ANTRAG TRAKTANDENÄNDERUNG durch die Geschäftsleitung: Es wird vorgeschlagen, den Punkt Gleichstellung wegen mangelnder Zeitressourcen zu verschieben. Therese Frösch als Arbeitsgruppenleiterin ist einverstanden.

→ Der Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen (ohne Auszählung)

PROTOKOLL DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 8. MAI 2010 :

Änderungsvorschlag der Grünen Bern: Punkt 7: Ersetzen der Passage "die Berner Grünen schlagen vor, die Abstimmungsempfehlungen heute auszusetzen" mit "die Berner Grünen fordern, dass die Abstimmungsempfehlungen heute verabschiedet werden"

→ Das Protokoll wird mit dieser Änderung von einer grossen Mehrheit genehmigt

Dank an die Verfasserin, Bénédicte Savary und an Monika Loosli (Übersetzung).

WAHL DER NEUEN VORSTANDSMITGLIEDER

Drei Demissionen : Myrta Giovanoli (GL), Boris Liechti (JU) und Marlies Hubschmid (BE). Die drei Scheidenden werden mit Beifall verabschiedet.

Der Vorstand schlägt folgenden Ersatz vor:

→ Ann-Kristin Peterson, (GL), vorgestellt durch Mauro Sana : Gewähltes Mitglied des Gemeindeparlaments und der Geschäftsprüfungskommission, enthusiastisch, aktiv in Kampagnenarbeit, selbstständige Tätigkeit in Beratung und Coaching, Präsidentin des WWF Glarus.

→ Ruth Gerber-Obrecht (JU), vorgestellt durch Emanuel Martinoli: Zweisprachig, Krankenschwester, Engagement in Bildung, zurzeit Sammeln von Wildpflanzen und Herstellung von Naturprodukten, sehr intelligent und sehr aktiv im kantonalen Vorstand der Grünen.

→ Kathy Hänni-Lehmann (BE), vorgestellt durch Alec von Graffenried : Betreiberin eines Bio-Bauernhofs (sozio-kulturelles und landwirtschaftliches Projekt) seit 25 Jahren. Grossrätin und aktiv in verschiedenen grünen Organisationen, sie hat eine direkte und offene Art und wird überall sehr geschätzt.

→ Die drei Kandidatinnen werden mit überwältigendem Mehr gewählt

Drei neue zusätzliche Mitglieder werden vorgeschlagen:

Markus Kunz (ZH), vorgestellt durch Marlies Bänziger: Hat grosse Ressourcen, Präsident der Grünen Zürich während 8 Jahren, er versteht es eine Partei zu führen und zu verwalten, Leiter am Institut für Nachhaltige Entwicklung der Hochschule Winterthur.

Sergio Savoia (TI), vorgestellt durch Greta Gysin : Freundlich und humorvoll, Journalist, Politiker im Grossen Rat Tessin, Grüner seit 4 Jahren. Die letzten großen Ergebnisse der Grünen Tessin (Alpines Programm des WWF, Initiative gegen Kohlekraftwerke, usw.), einer sehr kleinen Gruppe von 2%, sind auch seiner Effizienz als Koordinator und seinem Charisma zu verdanken.

Adèle Thorens Goumaz (VD), vorgestellt durch Yves Ferrari : Sie verkörpert Jungsein, Kompetenz und Welschland im Vorstand. 6 Jahre Entwicklungsethik, Zertifikat für Umweltrecht, insbesondere die Führung des WWF Romand, ehemalige Stadträtin, Nationalrätin seit 2007, Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Kompetenz, Fleiß und dynamisches Engagement sind zählen zu ihren geschätzten Qualitäten.

→ Die drei KandidatInnen werden mit überwältigendem Mehr gewählt

Ueli Leuenberger stellt die erweiterte neue Geschäftsleitung vor, die bereits in einem sehr positiven Sinn zusammen arbeitet: Ueli Leuenberger, Aline Trede, Franziska Teuscher, Maya Graf, Miriam Behrens, Adèle Thorens Goumaz, Markus Kunz und Sergio Savoia. Es gibt Beifall und die Gruppe wird von Paula Gisler fotografiert.

Mittagspause. Dank an Erwina Winiger und Cornelia Meiringer für die ausgezeichnete Organisation und Verpflegung.

4. INITIATIVPROJEKTE GREEN NEW DEAL

Präsentation und Moderation durch Aline Trede. Besondere Wahlbestimmungen zu diesem Punkt: Auf dem Wahlzettel werden an die 5 Projekte Rangfolgen verteilt (1 = bestes Projekt) Das Projekt mit der kleinsten Punktzahl ist also Wahlsieger.

Bastien Girod (CN, ZH): präsentiert den Ablauf und die ersten drei vom Vorstand vorgeschlagenen Projekte.

Ausgangspunkt: die wirtschaftliche Situation hat sich lediglich oberflächlich verbessert, wir haben immer noch keine stabile, nachhaltige, soziale oder ökologische Wirtschaft. Klimamodelle sagen eine Zunahme von Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Brände, etc.) voraus, die in Verbindung mit der globalen Erwärmung stehen, um nicht zu sprechen von den Folgen der Nutzung fossiler Brennstoffe (Mexiko, Abholzung für Treibstoffe, etc. ..). Wenn es überall wie in der Schweiz gelaufen wäre, wären der Grenzwert von 2 Grad Erwärmung bereits überschritten. Um das zu verhindern, muss der Grenzwert der Treibhausemissionen auf 1 t CO₂-Äquivalente pro Kopf gesenkt werden.

Alle drei Projekte erfüllen diese Anforderungen. Das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft ist weit entfernt, und wir müssen in unsere Projekte konkrete Maßnahmen einfließen lassen.

Projekte (mehr Details in Dokumentation in der Einladung):

A : FÜR EINE NACHHALTIGE SCHWEIZ

Schwerpunkt auf Reduktion der klimatischen und nukleären Risiken mit dem konkreten Ziel der Reduktion der Emissionen auf 1 t CO₂-Äquivalente pro Kopf. Präzise Massnahmen sind nicht enthalten, der Bund muss effiziente Massnahmen ergreifen und diese an die Ziele anpassen.

B : FÜR EINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

Das Projekt konzentriert sich auf die Wirtschaft. Aber diese produziert nur einen Teil der CO₂-Emissionen, deshalb sind hier auch andere Verbraucher von fossilen Brennstoffen enthalten.

C : ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Die fossilen Energieträger mit der grössten Umweltbelastung und nukleare Energie werden am höchsten belastet, mit der Möglichkeit, situationsbezogene Ausnahmen zu machen.

D:VORSCHLAG DER GRÜNEN WAADT

Adèle Thorens Goumaz (Nationalrätin,VD): Vorschlag eines Verfassungsartikel, der dem Bundesrat das Mandat gibt, die grüne Wirtschaft zu fördern, indem er nicht nur die grüne Energie fördert, sondern auch die Wirtschaftsvertreter in die Pflicht nimmt, umweltfreundlicher zu arbeiten: Der Akzent ist also auf wirtschaftliche Förderung gesetzt, dies mit einer positiven innovativen Botschaft: eine zirkuläre, ökologische, umweltschonende und den Erhalt von natürlichen Ressourcen berücksichtigende Wirtschaft.

Und parallel zum Verfassungsartikel zur nachhaltigen Landwirtschaft (primärer Sektor), hätte man auch eine Verfassungsbestimmung für den sekundären und tertiären Sektor. Offene Haltung hinsichtlich Instrumente und Finanzierung.

E:VORSCHLAG DER GRÜNEN KANTON BERN

Esther Oester, (BE) : Projekt zur Besteuerung von Erbschaften mit ökologischer Ausrichtung; Ökologie hat drei Säulen: ökologische Verantwortung, ökonomische Effizienz und sozialer Ausgleich. In diesem Sinne fordert das Projekt, dass Erbschaften von mehr als 1-2 Mio. mit einer Grosserbschaftssteuer belegt werden im Sinne eines ökologischen Generationenvertrags, diese würde zur Förderung der Oekologie eingesetzt.

Miriam Behrens : vertritt den Standpunkt der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung hat Kenntnis genommen von den Vorschlägen aus Waadt und Bern, und dankt für das Engagement. Sie empfiehlt jedoch die Wahl eines der drei vom Vorstand ausgewählten Projekte. Die Entscheidung darüber wird spätestens im Januar gefällt werden. Es bleibt also wenig Zeit zum Ausarbeiten anderer Varianten.

Fragen/Diskussion:

Diego Hättenschwiler (BE) : Beim Unterschriftensammeln wird es schwierig sein, diese drei Projekten in einem Satz zu formulieren, und könnte möglicherweise verwechselt werden mit: Projekt A mit der Klima-Initiative, Projekt B mit der SP-Cleantech-Initiative, Projekt C - Energie besteuern anstatt die Arbeit - war bereits ein früherer grünen Vorschlag. Einfache Kommunikation ist wichtig. Der Vorteil von E: Es entspricht dem Grundsatz der Einheit der Materie, wenn eine Initiative auch die Finanzierung des angestrebten Ziels umfasst.

Anne-Catherine Ménetrey (VD) :

Man kann sich einerseits auf etwas Pointiertes Fachspezifisches ausrichten, das hat die Arbeitsgruppe gemacht. Die andere Möglichkeit ist, eine Initiative zur Kampagne zu starten, diese muss vor allem attraktiv sein. Im Idealfall wird beides kombiniert. Wenn nicht, Option für die zweite Variante und den Vorschlag D (VD). Die Menschen sind sensibilisiert auf verschwenderische, umweltverschmutzende, delokalisierte Wirtschaftssysteme, da werden sie sich uns anschließen. Projekt D ist auf lange Sicht auch nützlich zum schrittweisen Aufbau einer neuen Wirtschaft.

Irene Eichenberger (SH): Erkennt sich mehr im Projekt C; D (VD) ist gut, aber zu global, E (BE) sollte eher der Pflegefinanzierung dienen.

Peter Leer (LU): Von den drei vom Vorstand vorgeschlagenen Projekten bevorzugt er C ;

Jeannine Kosch (ZH): Wir brauchen ein Thema, das die Leute anspricht. Wir entscheiden uns für das Projekt B des Vorstands, dies sind unsere Basiskompetenzen, die wir einfach kommunizieren und veranschaulichen können. Es wäre wünschenswert mehr über die Reduktion fossiler Brennstoffe zu reden, als über die Energie-Unabhängigkeit.

Iris Schelbert (SO) : Die drei Projekte bieten zu wenig Anreize. Das Projekt E (BE) kann die 2'000-Watt-Gesellschaft unterstützen, es ist einfach, leicht, also durchaus in Betracht zu ziehen.

Roger Daniel Tanner (ZG) : Allgemein sieht man in Dokumentationen zur Kernkraft zu wenig über die enormen Risiken, die Produktionskosten, insbesondere des Urans, um nicht zu sprechen von den Kosten für den Abbau eines Kernkraftwerks. Man muss auch den Punkt der CO²-Produktion von Kernkraft thematisieren, um die Risiken und tatsächlichen Kosten abzuwägen.

Luc Recordon (VD) : 2 Aspekte : Es macht Freude, sich für diese Initiative (D) einzusetzen und frühzeitig Ideen für eine nachhaltige zukünftige Wirtschaft zu entwickeln. Also für die Initiative VD, welcher man instrumentenzentrierte Massnahmen oder Übergangsbestimmungen hinzufügen könnte.

Thomas Leitlein (AG) : Lehrer. Es ist schwierig, zwischen den Projekten zu wählen, wie es für den durchschnittlichen Wähler sein wird. Warum sind die Grünen mit ihren Initiativen nicht erfolgreich?

Christian van Singer (VD) : Der GND ist nicht auf Energie beschränkt, alle diese Projekte sind inhaltlich gut, aber die innovativste Idee ist wirklich eine Wirtschaft, die weniger verschmutzt und weniger Ressourcen verbraucht. Deshalb Mandat an den Vorstand diese Idee der zirkulären Wirtschaft einzufügen (Projekt D (VD) mit Übergangsregelung aus diesen drei Projekten.

Martin Studel (ZG) : kein Anglizismus GND, die USA werden die Welt in die nächste Krise stürzen. Für Projekt E (BE): Wenn wir eine andere Gesellschaft wollen, müssen wir den Fluss von Investitionen umkehren, der heute den Casino-Kapitalismus nährt, für die Banken und das Erbrecht

Eine Umverteilung des Reichtums ist unerlässlich und muss an Maßnahmen der wirtschaftlichen Veränderungen gebunden sein.

PS : Arnold Schaltegger, Flawil SG : Ordnungsantrag: Vorschlag, die beiden am meisten unterstützten Projekte zu mischen.

Die Versammlung schreitet zur Abstimmung, und in Erwartung der Auszählung der

eingesammelten Stimmzettel, präsentiert Miriam den Zeitplan: 22. Januar 2011 DV: Annahme des Initiativtextes (nach sorgfältiger Beratung mit den Kantonen) / April 2011: Start der Unterschriftensammlung anlässlich der DV, also muss die Initiative bis dahin von der Bundeskanzlei für gültig erklärt werden.

NB: Nummern 5 und 6 der Tagesordnung sind inzwischen behandelt (siehe unten)

Resultate:

Ueli Leuenberger: 3 Projekte wurden fast gleich bewertet, Projekt D (VD) mit der besten Punktzahl (d.h. am wenigsten Punkte), Projekt C und schließlich Projekt B. Er schlägt vor, diese drei zu behalten, den Vorstand damit zu beauftragen, aus diesen 3 Projekten einen überarbeiteten Vorschlag im Januar zu machen, oder, wenn nötig, eine ausserordentliche DV im November abzuhalten. Auf Antrag von Fred Zimmermann werden die genauen Zahlen genannt:

Projekt D(VD) : 435 Punkte / Projekt C : 478 / Projekt B :490 / Projekt A : 545 / Projekt E(BE) : 548

Laurent Debrot (NE) fragt, ob man zwei Initiativen zu starten könnte. Ueli Leuenberger schlägt vor, zuerst über seinen Vorschlag abzustimmen, der das Problem lösen würde.

→ Der Vorschlag von Ueli Leuenberger wird mit grosser Stimmenmehrheit angenommen – ohne Auszählung

5. GSOA ZUR ABSCHAFFUNG DER WEHRPFLICHT

Jo Lang (CN,ZG) : Die Grünen sind an der Spitze dieses Prozesses. Wir können nicht länger eine Armee finanzieren, wie wir sie haben. Es ist unerlässlich, den Bestand zu verringern, und das einzige Mittel dafür ist der Verzicht auf die Wehrpflicht. Dies ist auch ein Beitrag gegen die Ungleichbehandlung. Ersetzt sollte die Wehrpflicht werden durch einen freiwilligen Zivildienst, der für alle offen ist, und durch eine Freiwilligen-Armee. Die Gefahr eines Putsches gegen diese Milizarmee ist in diesem Kontext nicht relevant.

Fragen/Diskussion:

Alec von Graffenried (BE): Die Frage ist hier nicht ein Ja oder Nein zu dieser Initiative, aber ob wir diese unterstützen und mittragen wollen oder nicht.

Zum Inhalt: Er ist gegen eine Aufhebung, die Wehrpflichtzeit ist eine einzigartige Gelegenheit zum milieuunabhängigen Zusammenleben verschiedener Regionen. Man könnte alle möglichen Arten nützlichen Dienst für die Gemeinschaft finden, er plädiert für eine Umwandlung anstatt für eine Aufhebung.

Anita Lachenmeier (BS): Die aktuelle Wehrpflicht betrifft bei weitem nicht die Mehrheit junger in der Schweiz lebender Menschen, es betrifft ca. 25% der Jungen (ohne Ausländer und ohne Frauen). Und von denen sind nur 8% geeignet, wobei sich noch einige für den Zivildienst entscheiden. Sie plädiert deshalb für eine Unterstützung der Initiative und die Stärkung eines Zivildienstes, offen auch für Ausländer und Frauen. Dies würde zu erheblichen Einsparungen führen, die wieder investiert werden könnten.

Hasim Sancar (BE): Es gab auch Putschs in Ländern, in denen die Armeepflicht besteht. In der Armee sind vor allem Zwang und Einschränkungen an der Tagesordnung. Es gibt bessere Orte für die Integration.

Christina Hug (ZH) : Es gibt auch linke Skeptiker. Dass junge Menschen Zivildienst leisten für die Gemeinschaft ist gut, aber wir können nicht eine allgemeine Wehrpflicht unterhalten, und Solidarität wird nicht durch Zwang geschaffen. Also Ja zur Initiative

Jean-François Sauter (GE) : Ist dagegen. Die Armee wird immer noch von vielen als Dienst für das Land angesehen und ist in unserer Gesellschaft verankert. Deshalb ein Nein aus taktischen Gründen. Aber es fragt sich, ob man nicht den Vorstand beauftragen sollte, eine Initiative zu starten: alle Schweizer haben die Verpflichtung zum Dienst für das Land, können aber wählen zwischen Wehr- oder Zivildienst.

Geri Müller (AG) : der Ort, wo alle gleich und zusammen sind, ist die Schule.

Die Armee ist im Begriff einzustürzen, nicht aufzubauen. Die Armee ist für die ältere Generation wichtig, der Vorwurf des Egoismus ist aber nicht angebracht; wir alle hier sind bereits gesellschaftlich engagiert.

Katharina Prelicz Huber (ZH): es wird nicht so einfach, aber wir setzen uns für diese Initiative ein. Wir können keinen solchen Zwangsdienst mit Waffenpflicht unterstützen.

Anne-Catherine Ménetrey (VD) : Wie können wir davon reden, dass die Armee Soziales verankert, wenn die Hälfte der Bevölkerung gar nicht dazu gehört und es eine Ungleichheiten bei den Befreiungsvorgaben gibt? PS: Dienst für die Gemeinschaft für alle: Frauen tun es bereits: auch Kindererziehung, Betagtenpflege und andere Freiwilligenarbeit bedeuten Dienst für die Gemeinschaft.

Marco Knobel (ZG) : Man muss sie unterstützen und ein klares Signal setzen.

Luc Recordon (VD) : Die Position der Grünen ist der Vorreiter für eine klare Verteidigungspolitik in der verwirrenden aktuellen Situation: der Krieg der Grossväter ist abgeschlossen, die Hauptgefahren sind heute Naturkatastrophen, terroristische Anschläge (das bedeutet Schutz sensibler Anlagen) und "Cyber-Krieg, gegen die wir völlig unzureichend ausgerüstet sind. Keine dieser Aufgaben berechtigen zu einer Armee von mehr als einigen Tausend Menschen. Also ja zu dieser Initiative.

Die Grünen ZG schlagen den Grünen Schweiz vor, die Initiative der GSoA zu unterstützen.

→ Dieser Vorschlag wird angenommen mit 140 Stimmen dafür, 9 dagegen, und 4 Enthaltungen

NB : Da sie individuell ist und nicht zuvor angekündigt wurde, schlägt Ueli Leuenberger, dass der Antrag von Herrn Sauter vom Vorstand der Grünen Schweiz geprüft wird.

→ Dieser Vorschlag wird mit grosser Stimmenmehrheit angenommen.

6. EMPFEHLUNGEN ZU DEN EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNGSVORLAGEN VOM 28. NOV. 2010

VOLKSINITIATIVE « FÜR DIE AUSSCHAFFUNG KRIMINELLER AUSLÄNDER »

(AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE) UND BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE AUS- UND WEGWEISUNG KRIMINELLER AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER IM RAHMEN DER BUNDESVERFASSUNG

Ueli Leuenberger : Dies ist reine Propaganda, das Gesetz erlaubt es bereits heute, dass Kriminelle ausgewiesen werden. Die Initiative wurde mit dem Missbrauch von Sozialversicherungen vermischt und erstreckt sich bis zur dritten Generation. Ausserdem ist sie nicht anwendbar unter den derzeit geltenden internationalen Vorschriften.

Später gab es einen Gegenvorschlag der bürgerlichen Parteien - die jedoch immer die Budgets zur Bekämpfung von Kriminalität ablehnen. Der Gegenvorschlag scheint die Einhaltung internationaler Bestimmungen zu gewährleisten, schließt aber Kriminelle aus Ländern aus, die nicht unter diese Bestimmungen fallen. Dies ist inakzeptabel und unfair, und ändert nichts an der Tatsache, dass sie unannehmbar ist.

Die Grüne Fraktion sprach sich immer klar gegen die beiden Projekte aus, allfällige einzelne Voten waren rein taktischer Natur (Präzisierung von Christian van Singer).

Der Präsident schlägt vor, direkt zum Vorschlag von Vorstand und Geschäftsleitung zu gehen: 2xNein (Initiative und Gegenvorschlag) und Enthaltung bei der Stichfrage.

→ Die Delegiertenversammlung empfiehlt einstimmig, den Vorschlag des Vorstands anzunehmen (2xNein und Enthaltung bei der Stichfrage)

INITIATIVE POPULAIRE «FÜR FAIRE STEUERN. STOPP DEM MISSBRAUCH BEIM STEUERWETTBEWERB (STEUERGERECHTIGKEITS-INITIATIVE)»

Louis Schelbert : Die Initiative fordert, dass die Kantonal-/Gemeindesteuern zusammen berechnet werden und sieht vor, dass der Anteil des Einkommens, das Fr. 250'000 übersteigt mit einem marginalen Steuersatz von mindestens 22% besteuert wird, das 2 Millionen Franken übersteigende Vermögen zu einem marginalen Steuersatz von 5⁰/₁₀₀. Nur einige Kantone sind unter dieser Grenze, und es betrifft ca. 0,6% der Steuerpflichtigen für Einkommen und 1,6% der Steuerpflichtigen für Vermögen. (Siehe Dokumentation in der Einladung). Die Initiative kann interkantonale Unterschiede abdämpfen.

→ Die DV empfiehlt die Annahme der Initiative praktisch einstimmig : Mit 3 Enthaltungen und keiner Gegenstimme

PS : **ABSTIMMUNGEN VOM 13. FEBRUAR 2011** : ÜBERTRÄGT DIE KOMPETENZ ZU DEN ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN AN DEN VORSTAND DER GRÜNEN SCHWEIZ

Ueli Leuenberger : Der Termin für die nächste DV ist der 22. Januar 2011, deshalb Vorschlag, dass die 46 Vorstandsmitglieder mit den Abstimmungsempfehlungen betraut werden.

Nach einer kurzen Diskussion (falls keine ausserordentliche DV im November):

→ Vorschlag wird mit grosser Mehrheit angenommen

7. DIVERSES

Miriam Behrens : Miriam dankt den lokalen Organisatoren, der Alternative-Die Grünen Zug und den Jungen Grünen Zug, den Interpreten und der Technik, der Tagespräsidentin Barbara Beck-Iselin sowie dem Team der Grünen Schweiz.

- Gratulation zum neuen Newsletter, danke an Corinne Dobler und Bénédicte Savary.
- Alles Gute zum Geburtstag! Am Mittwoch wird Luzius Theiler 60 Jahre alt. Er ist bekannt für sein langjähriges grünes Engagement.
- Balthasar-Glättli: Aufruf zur Unterzeichnung Protestes gegen Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag
- Marco Ruedin (TI): Einladung zur Teilnahme an einer Gruppe für Komplementärmediziner
- Felix Wettstein (SO): bitte keine visuelle populistischen Gewerkschaften für die Initiative
- Solidaritätsaufruf mit einem Bildungsprojekt für Migrantinnen (Faltblätter verteilt)

Zum Abschluss spricht Patrick Cotti, Regierungsrat des Kantons Zug, Alternative-Die Grünen Zug, Leiter des Department für öffentliche Bildung:

Er präsentiert die neue Strategie der Kantonsregierung: Der Kanton ZG muss einen Schritt voran machen und das Wachstum aus Ökologie- und Umweltschutzüberlegungen abbremsen. Gleichzeitig sind aber die Erhaltung der Spitzenpositionen und die Unterstützung des wirtschaftlichen Wettbewerbs wichtig, Bereiche mit erschwinglichem Wohnraum sollten unterstützt werden, auch wenn der Landpreis exorbitant ist. Es ist eine gewisse Abnahme der Bevölkerung mit Einkommen unter Fr. 200'000 zu verzeichnen. Daher sind sozio-ökonomische Massnahmen wichtig, aber auch Betagtenpflege, und Bildung einschliesslich nachhaltiger Entwicklung - sich attraktiv erhalten und gleichzeitig die Umwelt schützen.

Er dankt der Teilnehmenden für die Reise in den Kanton Zug, und lädt alle zu Kaffee und Kirschtorte aus der Region ein.

Ende 16.15 Uhr

Bern, Oktober 2010, Sylvie Ricci, deutsche Uebersetzung Monika Loosli